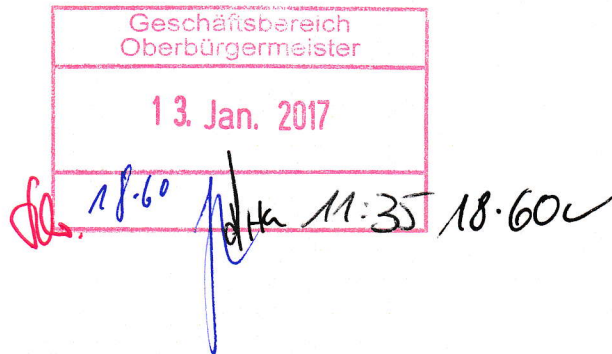


Herrn
Oberbürgermeister
Stefan Schostok
o.V.i.A.

Hannover, 10.01.2017



ANFRAGE gemäß § 14 der GO des Rates

Sozialbetrug mit Hilfe von Scheinidentitäten durch Asylbewerber

Laut Meldungen in verschiedenen Medien hat es in den Jahren 2015/2016 zahlreiche Betrugsfälle beim Empfang von Geldern nach dem Asylbewerber- Leistungsgesetz in Niedersachsen gegeben.

Es seien mindestens 300 Fälle von Sozialbetrug durch Asylbewerber in Niedersachsen registriert worden. Der Schaden betrage zwischen 3 und 5 Millionen Euro.

Der Betrug sei möglich geworden, weil die ankommenden Migranten nicht vorschriftsmäßig erkennungsdienstlich behandelt worden seien (z. B. keine Abnahme von Fingerabdrücken), sodass die Asylbewerber sich unter verschiedenen Identitäten ungerechtfertigter Weise mehrfach Geld haben auszahlen lassen.

Für die Sozialhilfe im weitesten Sinne ist zwar die Region Hannover zuständig, aber auch die Stadt Hannover wird in Auftragsverwaltung in der Region tätig.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wie viele solcher Betrugsfälle sind in Hannover bekannt geworden?
2. a) Haben die Mitarbeiter des Fachbereichs Soziales in Hannover gleichfalls auf erkennungsdienstliche Maßnahmen verzichtet und, wenn ja, warum?
b) Aufgrund welcher Legitimation der Asylbewerber wurden die Gelder ausgezahlt?
3. In welcher Weise versucht die Stadt die zu viel gezahlten Gelder zurückzufordern und wie geht sie juristisch gegen diese Betrüger vor?

Gerhard Wruck
Fraktionsvorsitzender